

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Großstädte 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto bezug nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zusätzl. Salva-Kassenzug, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 85b.

Die schlagende Konparativliste oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Erwerbssteuer. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbssteuer. Längere Anzeigen laut Liste Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2930, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Junker organisieren den Widerstand!

### Der Landbund macht mobil

Stettin, 2. Juli.

Der Pommerische Landbund hat an den Reichskanzler nachfolgendes Telegramm gerichtet:

In dem Verlangen der Entente nach Beseitigung der letzten Sicherheitspolizei sieht der Pommerische Landbund eine weitere Maßnahme unserer haherfüllten Gegner, das durch den Friedensvertrag wirtschaftlich bereits zu Tode getrossene Deutschland völlig den unruhigen Elementen und damit dem inneren und äußeren Bolschewismus auszuliefern. Die Pommerische Landwirtschaft weiß sich eins mit der gesamten Landwirtschaft Deutschlands in dem Verlangen an die Reichsregierung, diese erhöhte Forderung abzulehnen. Pommern steht fest hinter der Reichsregierung, wenn sie diese empörende Zumutung der Entente zurückweist und neben ausreichendem staatlichen Schutz auch eine Sicherung des platten Landes zum Schutz gegen Banden und Plünderer in Form des Selbstschutzes oder der Einwohnerwehren als unerlässlich fordert.

Der Pommerische Landbund verspricht also nur dann fest hinter der Regierung zu stehen, wenn sie sich den Wünschen der konterrevolutionären Agrarier fügt und den Militarismus, verkörpert in der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und den Einwohnerwehren, nicht antasten läßt. Hinter dem Wortband, daß sich das platte Land zum Selbstschutz gegen Plünderer und Banden bewaffnen müsse, verbirgt sich die Sehnsucht nach einer junkerlichen Schutzgarde, deren Aufgabe es ist, im gegebenen Augenblick die Republik zu stützen und der alten kaiserlichen Herrlichkeit wieder die Wege zu ebnen. In Pommern herrscht tiefster Friede. Plünderungen und Ausschreitungen sind dort noch nicht vorgekommen. Trotzdem werden die Güter in nicht festungen umgewandelt und der Zustrom von Baltikumern und entlassenen Freikorpsangehörigen hält an. Diese Tatsache ist politisch sehr bedeutsam. Sie zeigt uns mit aller Deutlichkeit, daß die Rüstungen der Gegenrevolution fortschreiten. Um dieser Gefahr zu entgehen, kann es nur die Forderung geben: Entwaffnung der Agrarier und Vertreibung des preussischen Militarismus aus seinen letzten Schlupfwinkeln.

## Die Ururteilung

### der deutschen Kriegsverbrecher

Amsterdam, 2. Juli.

Nach einer Londoner Meldung sagte Bonar Law im Unterhaus, die Alliierten beabsichtigten, die Frage des Prozesses gegen die Kriegsverbrecher beschuldigten Deutschen in Spa zu erörtern. Auf verschiedene Anfragen bemerkte Bonar Law, von 27 gefangengenommenen U-Bootbesatzungen befinden sich noch eine in England. Die übrigen seien freigelassen und nach Deutschland zurückgeschickt worden. Der Prozeß gegen die letzteren werde vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden. Das Datum sei noch nicht festgesetzt.

## Krassin kehrt nach Rußland zurück

London, 1. Juli.

In Erwiderung auf eine Frage sagte Bonar Law im Unterhaus: Die Verhandlungen mit Krassin nehmen noch ihren Fortgang. Inzwischen ist die englische Regierung zu dem Schluß gekommen, daß es an der Zeit wäre, eine Entscheidung zu erreichen. Sie hat dies Krassin mitgeteilt, und dieser kehrt nach Rußland zurück, um den Sowjetbehörden die Bedingungen der englischen Regierung vorzulegen und sich selbst in dem Stand zu setzen, eine endgültige Antwort zu geben.

Neuter erklärt dazu weiter: Krassin kehrt nach Moskau zurück, um sich mit seiner Regierung zu beraten und über mehrere grundsätzliche Punkte eine Klärung herbeizuführen. Man erwartet, daß er binnen 14 Tagen nach England zurückkehren werde.

## Krassin Meinung über die Unterhandlungen in London.

Paris, 2. Juli.

Die Zeitung „Populaire“ veröffentlicht ein Interview mit Krassin über den Stand der Unterhandlungen. Krassin sagt, es sei unmöglich, irgendeine Schlussfolgerung zu ziehen. Die Unterhandlungen seien nicht abgebrochen, sondern vertagt worden. Sie werden einige Wochen nach der Konferenz in Spa wieder aufgenommen werden. Krassin wies darauf hin, daß die Lage der Nahrungsmittelversorgung in Rußland durch die neue Offensive wieder schwieriger werde, doch sogar dies könne die Stellung der Sowjetrepublik nicht gefährden.

## Die Opfer von Ancona.

Rom, 1. Juli.

Wie die Wäster berichten, betragen die Opfer der Zusammenstöße in Ancona nach amtlichen Feststellungen 24 Tote, darunter 6 Polizeibeamte, und 71 Verwundete. Man glaubt, daß sich eine große Zahl weiterer Verstorbenen nicht gemeldet hat. Wie „Messaggero“ meldet, traf General Albricci, ehemaliger Kriegsminister, in

Ancona ein, um eine militärische Untersuchung einzuleiten. Nach vorläufiger Erhebung beträgt die Zahl der meuternden Versagler etwa ein Duzend. Nach einer Stefanmeldung ist die Arbeit in Rom in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Stadt ist ruhig. Auch in Ancona und in den Städten der Provinz herrscht Ruhe.

## Einstellung des Eisenbahnverkehrs nach Ungarn

Wien, 1. Juli.

Nach einer amtlichen Meldung sah sich die österreichische Regierung mit Rücksicht auf die über die Durchführung des Bosphorus-Beamtensatzes, eine Sitzung des gesamten Ministeriales einischen Eisenbahnpersonal entstandenen Meinungsverschiedenheiten, die zu einer Gefährdung des Betriebes führten, heute Abend gezwungen, den Eisenbahnverkehr nach Ungarn einzustellen.

## Gegen nationalistische Exzesse

Amlich wird mitgeteilt:

Bekanntlich sind vor einiger Zeit in Prenzlau, Döberitz und Bremen, Mitglieder der Interalliierten Ueberwachungsausschüsse beleidigt und zum Teil mißhandelt worden. Mit Rücksicht darauf, daß bei diesen Vorgängen auch Angehörige der Reichswehr eine Rolle gespielt haben, hat der Reichswehrminister Dr. Gehler zum Zwecke der endgültigen Beilegung dieser Zwischenfälle dem Vorsitzenden der Interalliierten Ueberwachungsausschüsse General Kollet, auf dessen Beschwerde am 1. d. M. durch einen höheren Offizier ein Entschuldigungsschreiben überreichen lassen. Gleichzeitig hat das Auswärtige Amt dem General Kollet und dem Vorsitzenden des Interalliierten Marineüberwachungsausschusses, Admiral Carlzon, schriftlich im Namen des Senats zu Bremen dessen lebhaftes Bedauern über den Anteil zum Ausdruck gebracht, den die Zivilbevölkerung von Bremen an den Bremer Zwischenfällen gehabt hatte.

Diese Entschuldigung der Angelegenheit gibt der Deutschen Regierung erneut Anlaß, aufs ernfeste darauf hinzuweisen, in welcher peinliche Lage die Regierung immer wieder aufs neue durch dieselben gebracht wird, die sich ohne Ueberlegung der Folgen zu wörtlichen oder tätlichen Angriffen gegen die in Ausübung ihres Dienstes im Lande weilenden Mitglieder der Interalliierten Ueberwachungsausschüsse hinreihen lassen. Jeder, der solche Handlungen begeht, sollte sich dessen bewußt sein, daß er sich nicht nur persönlich schuldig macht, sondern auch gegen die nationale Würde verstoßt und in leichtfertiger Weise wichtige Interessen des Vaterlandes schädigt.

Diese Regierungserklärung, die eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit ausdrückt, ist sehr zu begrüßen. Die Regierung ist aber bisher von einer Mitschuld an diesen Vorgängen nicht freizusprechen. Sie hat durch die vielen flammenden Proteste an die Entente, die, weil sie ungeschickt und auch zum Teil ungerichtet waren, unberücksichtigt blieben, das Volk in eine neue Welle des nationalen Hasses hineingetrieben. Sie hat insbesondere durch die Duldung, wenn nicht gar Förderung dieser nationalistischen Einschläge in der Reichswehr den Boden für diese Einzelsfälle vorbereitet. Wertwüdig bleibt immerhin, daß die alte Regierung mit dem rechtssozialistischen Herrn Müller an der Spitze nicht Veranlassung gefunden hat, mit einem Appell an die Haltung an das deutsche Volk heranzutreten. Sie muß sich jetzt durch die neue bürgerliche Regierung beschämen lassen.

Aufhebung des Belagerungszustandes über Würzburg. Gestern wurde der Belagerungszustand wieder aufgehoben. Ist Rädelführer bei den Unruhen, welche hauptsächlich das Plündern von Läden verursachten, wurden verhaftet und werden wegen Landfriedensbruches verurteilt werden.

Das Programm der baltischen Konferenz. Nach einem Telegramm aus Helsinki gibt das Lettische Außenministerium für die Baltische Konferenz, die am 20. Juli in Lissa beginnt und auf der außer Lettland, Estland, Finnland, Litauen, Polen und auch vielleicht die Ukraine vertreten sein werden, folgendes Programm bekannt: Regelung der Salva- und Bankverhältnisse, Handel, Durchgangsverkehr, Schifffahrt, Durchgangsjugverbände, ungehinderte Beförderung von Reisenden und Gütern, Organisation des Schulwesens, Grenzdurchsicherung, Einführung des Metermaßes, Post- und Telegraphen, Auslieferung von Verdächtern, soziale Fragen wie Arbeiterlohn, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, allgemeine Sanitätsmaßnahmen usw. Die wichtigste aller zur Beratung stehenden Fragen wird der Abschluß eines Militärbündnisses der beteiligten Staaten sein.

Aufhebung der Ausfuhrverbote in Schweden. Die schwedische Regierung hat in ihrer letzten Kabinetsitzung beschlossen, alle bestehenden Ausfuhrverbote für landwirtschaftliche Erzeugnisse aufzuheben.

## Das Wiederaufleben der Gelben

Von S. Aufhäuser.

In dem organisierten Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft spielte vor dem Kriege die „wirtschaftsfriedliche“ oder gelbe Wertvereinsbewegung eine nicht unwesentliche Rolle. Die schärfmackerische Verfolgung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute paarte sich mit der liebevollen Anwerbung solcher Arbeiter, die bereit waren, ihre proletarische Seele gegen kleine Geschenke und Wohlthaten zu verkaufen. Man gründete in den einzelnen Werken Vergnügungsvereine, Unterstützungsvereine und Konsumvereine, die den Zweck hatten, die Arbeiter durch Darbietung gewisser augenblicklicher materieller Vorteile einzufangen, um sie im nächsten Arbeitskampf gegen die eigenen Klassen-genossen auszuspielen. Die Hochburg zur Pflege dieser Prostitution war bei Krupp in Essen. Auch der Siemenskonzern in Berlin und andere Industriebetriebe haben ihre Verdienste auf dem Gebiet der gelben Demoralisierung. Während des Krieges haben die Firmen durch Errichtung eines umfangreichen Liebesgabendienstes für die Kriegsteilnehmer für die Erhaltung der Wertvereine zu wirken versucht. Im Hauptauschuß nationaler Arbeiter und Berufsverbände sowie den daneben bestehenden Einzelvereinen waren vor dem Kriege 250 000 Mitglieder vereinigt. Während des Krieges ist die Wertvereinsbewegung trotz aller Aufwendungen des Unternehmertums ziemlich zusammengebrochen.

Bei der Schaffung der „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“, der das bekannte Abkommen vom 15. November 1918 zugrunde liegt, wurde alsdann unter Punkt 3 besonders festgelegt, daß die Unternehmer künftig die gelben Wertvereine sich selbst überlassen sollten. Es ist der reine Hohn auf dieses Abkommen, wenn man sieht, mit welcher Unerschrockenheit jetzt die Arbeitgeberverbände nach monatelanger sorgfältiger Vorbereitung ihre wohlorganisierte wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung aufmarschieren lassen. Es fällt nicht weiter auf, wenn die Gelben, die sich früher „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ und ähnlich nannten, auch neuerdings mit dem nötigen „nationalen“ Mantelchen ersäuen. Die neue Firma lautet: „Nationalverband Deutscher Gewerkschaften“. Der Sitz befindet sich in Berlin, Dessauer Straße 19, dem einstigen Heim des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Spitzenverband ist gegliedert in die einzelnen Gewerkschaften der Handwerksgehilfen, der Landarbeiter und des Deutschen Arbeiterbundes mit Untergruppen der Bergarbeiter, Industriearbeiter, Transportarbeiter, Eisenbahner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Krankenhäuser, Anstaltsangestellten, Hausangestellten usw. Schließlich ist auch als Gegenpol zum „Bund der technischen Angestellten und Beamten“ ein besonderer „Bund der nationalen technischen Angestellten“ begründet worden. Die Geldmittel für die mit viel Klamme aufgemachte Bewegung stammen natürlich von Unternehmenseite, die nach dem Versprechen vom 15. November die Gelben sich selbst überlassen wollte. In Berlin scheint Siemens wieder einmal als Brutstätte der Wirtschaftsfriedlichen gelten zu wollen. In den Wählreden des Demokraten Friedrich von Siemens ist davon zwar wenig erzählt worden; dafür hat man in seinen Bureaus für den „Bund nationaler technischer Angestellten“ um so eifriger gekübelt. An der Spitze der gelben Gesellschaft steht nicht mehr wie vor dem Kriege Herr Lehmann, sondern ein Herr Fritz Geisler, seines Zeichens Mitglied der Deutschen Volkspartei und Reichstagsabgeordneter. Warum sollte die Partei des Wiederaufbaues nicht auch die gelben Wertvereine als wesentlichen Bestandteil kapitalistischer Ordnung wiederaufbauen.

Herr Geisler besitzt neben seinem eigenen Blättchen die „Deutsche Arbeitgeherzeitung“, das Organ der „Bereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen und vieler anderer Arbeitgeberverbände als Verkündigungsblatt seiner „nationalen Arbeiterbewegung“. Damit sind hoffentlich die letzten Zweifel, als würden sich die Arbeitgeber an den Punkt 3 der Abmachung vom 15. November 1918 halten, beseitigt. Geisler läßt denn auch in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ recht unzweideutig durchblicken, daß er an diese Arbeitsgemeinschaft nicht glaubt. In Nr. 21 der D. A.-Z. wird die Lage bei Gründung der Arbeitsgemeinschaft geschildert und es heißt dann wörtlich:

„Die nationale Arbeiterbewegung schien unhaltbar und durch die Verwirklichung eines ihrer wichtigsten Programmpunkte, die Arbeitsgemeinschaft, überflüssig geworden zu sein. Wenn ihre Führer die Heberzeugung gehabt hätten, daß der Charakter und der innere Gehalt der Arbeitsgemeinschaft vom 15. November den langjährigen Idealen der Bewegung entsprächen, dann hätten sie auch die Bewegung nicht mehr aufgelöst, weil sie ja dann ihr Ziel erreicht gesehen hätten. Aber sie konnten als gründliche Kenner der anderen Gewerkschaften an die innere Beständigkeit der „Arbeitsgemeinschaft“ in dieser Form nicht glauben, denn zwischen privaten Unternehmern und grundsätzlichen Gegnern der Privatwirtschaft kann es eine ehrliche Arbeitsgemeinschaft nicht geben...“

Es ist möglich, in einer solchen Zeit der Not nachträglich noch über die Zweckmäßigkeit einer so zustandekommenen „Arbeitsgemeinschaft“ zu reden.

Diese Regierung der Zentralarbeitsgemeinschaft wird, was zu beachten ist, in der „Deutschen Arbeitszeitung“ ausgesprochen. Das sollte allen Arbeitergewerkschaften zu denken geben. Die selben versichern weiter, die bisherigen Fehler bei dem diesmaligen Wiederaufbau nicht wieder machen zu wollen. Sie haben sich auch mit der Gründung einer kaufmännischen Organisation beschäftigt, meinen jedoch: „Ob eine solche entstehen wird, hängt aber nicht zuletzt von dem Verhalten gewisser schon bestehender kaufmännischer Angestelltenverbände ab“. Da das Verhalten der hier gemeinten kaufmännischen Harmonievereine trotz einiger tabulärer Redensarten „gut“ zu nennen ist, so wird wohl auf die Gründung der selben Kaufmannsgebilde verzichtet werden.

In der neuen Organisationsform des Nationalverbandes ist zu beachten, daß die angeschlossenen Organisationen nach Interessengruppen gegliedert sind. Bei diesem Aufbau ist aber daran gedacht, die Betriebsräte einzufügen. Nach dem Geistesrichen Auffass richtet man sein Hauptaugenmerk darauf, „in den Betriebsräten eine möglichst starke Vertretung zu erreichen und dadurch die Betriebsräte zu einem Mittel der Produktionssteigerung statt der Volkshewisierung niederen Wirtschaftslebens zu erheben“.

Dieser Organisationsplan der selben darf, so wenig sie im allgemeinen heute zu bedeuten haben, von der Arbeiterchaft in seiner Gefährlichkeit nicht unterschätzt werden. Hier werden die Betriebsräte als das Objekt der Korruption gleichzeitig vom Unternehmertum und von den gelben Hausvereinen in Bearbeitung genommen. Der Gedanke, als könnten die Betriebsräte ihre Aufgaben innerhalb des Betriebes ohne Fühlung mit der Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft lösen, d. h. der Betriebssegenismus wird künstlich genährt. Die „Deutsche Arbeitgeber Zeitung“ und die Gelben unterstützen ganz systematisch jede Bestrebung, die darauf ausgeht, die Betriebsräte von den freien Gewerkschaften zu trennen, und sie haben von ihrem Standpunkt aus allen Grund, eine Vereinigung der beiden Faktoren im Befreiungskampf der Arbeitnehmer zu verhindern. Ob aber die Arbeiter und Angestellten diesen Wünschen der Unternehmer folgen sollen?

Wenn im weiteren Programm der selben Nationalgefühl und Festhalten an der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und an der christlichen Weltanschauung als die geistigen Grundlagen erwähnt werden, so sind das die dort von jeder üblichen Schlagworte. Dieses Nationalgefühl wirkt sich aber neuerdings in ganz bestimmter Richtung aus. Herr Geisler sagt darüber sehr knapp: „An zahlreichen Orten des Reiches finden fortgesetzt zur Schamung ihrer Vertrauensmänner volkswirtschaftliche und staatsbürgerliche Lehrgänge statt. In der technischen Nothilfe durch Stellung von Facharbeitern und in den Einwohnerwehren haben sich gerade die Mitglieder dieser Bewegung rühmliche Verdienste im Interesse der Allgemeinheit erworben.“

Diese Verbindung der gelben Wertvereine mit der technischen Nothilfe bestätigt nur den Charakter dieser Streikbrecherorganisation. Der „Nationalverband der Gelben“ ist nach alledem mehr als ein Renaudage der früheren Wertvereine. Er muß als ein Instrument der Gegenrevolution angesehen werden. Seine Gönner haben in der neuen Regierung den entscheidenden Einfluß; sie arbeiten am „Wiederaufbau“ — des Kapitalismus.

### Wieder geschwindelt!

Die „Tägliche Rundschau“ hatte vor einigen Tagen behauptet, Herr Viktor Kopp betreibe in Verbindung mit der U. S. V. D. eine geheime bolschewistische Propaganda. Die russischen Kriegsgefangenen würden bereits eingezerrt und sollten zusammen mit der „Roten Armee“ den Umsturz durchführen. Wir haben damals gleich gesagt, daß die „Tägliche Rundschau“ ihre Unterlagen für den sensationellen Artikel von einem Subjekt bekommen habe, welches aus der Verbreitung von Lügen ein gutes Geschäft mache. Jetzt wird nun auch amtlich

entkürt, daß alle Behauptungen der „Rundschau“ den Tatsachen nicht entsprechen, also glatter Schwindel sind. Das Blatt für die „gebildeten Stände“ hat in den letzten Wochen wiederholt derartige unwahre Artikel gebracht. Trotzdem wird es sich auch nach dieser erneuten amtlichen Abklärung von seinen anstandsigen Methoden nicht freimachen können, weil die „nationalen Parteien der Schwindel nun einmal zum politischen Nützling gehört. Charakteristisch ist, daß die „Rundschau“ nicht einmal den Mut aufbringt, ihren Lesern die amtliche Beichtigung zu unterbreiten. Sie verspricht sich also von ihren Aufschlügen eine große Wirkung und möchte sie nicht durch eine Richtigstellung abschwächen.

### Der französische Botschafter beim Reichspräsidenten

Der französische Botschafter Laurent hat gestern dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben übergeben. Laurent knüpfte daran eine Ansprache, in der er ausführte, daß er sich bemühen werde, zu einem fruchtbringenden gemeinsamen Zusammenwirken zwecks Heilung der Wunden des Krieges und janelten wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas in christlicher Ausübung des Friedensvertrags beizutragen. Dem neuen Deutschland wünsche er Gedeihen in Arbeit und Frieden. Der Reichspräsident erwiderte, daß die deutsche Regierung von dem gleichen Bestreben erfüllt sei. Sie werde alles tun, um dem Botschafter die ihm gestellte Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern.

### Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat Donnerstag Abend zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Auswärtigen erstattete eingehenden Bericht über die Vorbereitungen der Konferenz von Spa. Darauf vertagte sich der Ausschuß, ohne in eine Besprechung einzutreten.

### Lochspiegel für die Deutschnationalen

Am 12. Juni hatten wir einen Brief von Jacques Mennier, Generalsekretär eines französischen Eisenbahner-Syndikats, veröffentlicht, worin die deutschen Arbeiter auf die Ursachen des Deutschlandes eines Teiles der Franzosen hingewiesen wurden. Es war darin gesagt, daß die deutschen Junker und die Offiziere die Urheber des bedauerenswerten Schicksals Deutschlands seien und die noch heute das ganze deutsche Territorium besitzenden, aber es gebe in Frankreich Männer, die an der Arbeit seien, ihre Nation dahin zu bringen, nicht mehr die zu passen die an alledem, was geschehen ist, unschuldig sind. Dann werde der Tag kommen, wo der Deutsche und der Franzose sich die Bruderhand reichen werde.

Der Abdruck dieses Briefes war allen denen unangenehm, die von Mennier so schonungslos bloßgestellt wurden. Ihnen gestellt hat jetzt Ernst Heilmann zu. Er behauptet, daß der Verfasser dieses Briefes ein Gelber oder ein Spießhals Clémenceau sei, dessen Spiel wir untersücht hätten. Daran knüpft er folgende Schlussfolgerung:

Wir finden das gar nicht so unbegreiflich, denn wir wissen längst, daß die Auslandspolitik der Unabhängigen weder revolutionär noch international ist, sondern lediglich im Dienste der französischen und englischen Imperialisten steht.

Dieser Heilmann hat Ende Juni 1915 einen Artikel geschrieben, in dem er sich über die Verusche lustig machte, durch eine Verständigung mit den Kriegsgegnern durch die Wiederherstellung der sozialistischen Internationale den Krieg zu beenden. Darin kamen folgende Stellen vor:

„Nun ist's genug. Jeder weitere Schritt zur Verständigung wäre von unserer Seite ein Mangel an Selbstachtung. . . . So gibt keine sozialistische Verständigung, die diesen furchtbaren Weltkrieg belegen könnte, ihn endet nur der Sieger der härteren Gewalt! . . . So zerstückelnd müssen die Feinde geschlagen werden, daß ihr Ring zerbricht, die Koalition bricht. Die Friedensbedingungen sollen, hier milde, dort hart, die Wiederkehr des Einreizungsbundes unmöglich machen. . . . Wägen darum die ewig wandelnden Gestalten schließlich den Verrina der Internationale spielen wollen, — ich gehe zum Hindenburg.“

Man wird verstehen, daß wir uns mit einem Subjekt, das eine derartige schamlose Kriegsbegehr auf dem Gewissen hat, nicht in Auseinandersetzungen einzulassen wünschen.

Auch der „Vorwärts“, in dem ein junger Mann des Heilmann die answärtige Politik macht, behauptet heute freilich, daß wir aus einem Agenten Clémenceaus hineingefallen wären und mit der Veröffentlichung des Briefes nur die Abfälle derjelbst hätten, den rechtssozialistischen Reichskanzler Hermann Müller und seinen Parteigenossen Dr. Köber zu verleumdern. Nachdem in der gestrigen Reichstagsitzung die Schieberpolitik der rechtssozialistischen Parteileitung durch die Veröffentlichung des Geheimbriefes an die Redaktionen an den Pranger gestellt worden ist, glaubt das Blatt die Aufmerksamkeit davon dadurch ablenken zu können, daß es sich in eine Reihe mit den vielfachen Lochspiegeln seiner Partei stellt, die das Geschäft der deutschen Kronprinzessinnen belegen.

Es zeigt sich auch bei dieser Gelegenheit, daß die von der rechtssozialistischen Partei betriebene answärtige Politik die gerade Fortsetzung ihrer Kriegspolitik ist. Der von uns veröffentlichte Brief des Franzosen sollte dazu dienen, den Arbeitern die Notwendigkeit klar zu machen, den Haß der von den Kriegstreibern zwischen die Köpfer gesät worden ist, endlich wieder zu beiseitigen. Diese Heilmann, Koste, Heine und Viktor Schiff aber bilden eine Einheitsfront mit den Chauvinisten vom Schlage des Grafen Reventlow, führen immer aus neue die Völkerverhetzung und kennen keine wichtigere Aufgabe, als jeden Versuch, eine Wiederverannäherung der feindlichen Nationen zu ermöglichen, im Keime zu erstickern. Wie in der inneren, so üben sie auch in der äußeren Politik die Praktiken des Schiebergefelds aus; diese rechtssozialistischen Politiker bilden freilich den verächtlichsten Teil dieses Konjunkturs: Sie sind in Wahrheit die agents provocateurs der nationalistischen Gegenrevolution.

### Die Bezüge der Altpensionäre.

Wie bekannt geworden ist, sollen den Altpensionären und Altpensionären zur Behebung der Notlage die zu der in Aussicht stehenden gesetzlichen Regelung 50 v. H. ihrer bisherigen Bezüge an Pension, Witwen- und Waisenpensionen vom 1. April 1920 ab als Vorzuschuß gezahlt werden. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind — soweit die Herrscherwaltung hierbei in Betracht kommt — die Pensionen/Lohnbezüge und Versorgungsämter bereits mit entsprechender Stellung versehen worden. Diese Behörden werden die Zahlstellen schleunigt zur Zahlung anweisen. Immerhin wird bei der großen Zahl der Pensionäre noch einige Zeit vergehen bis alle Zahlungen anwesigen sind. Ein Grund zur Beunruhigung liegt daher nicht vor, wenn die Nachfrist der Zahlungsbefreiung der einzelnen Empfangsberechtigten sich etwas verzögern sollte. Einem Antrag des Pensionärs bedarf es nicht.

Verhaftung des Reichskommissars für das Flüchtlingswesen. In Essen ist der angelegliche Hauptmann von Andra, der Leiter des dortigen Flüchtlingslagers, verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Andra war nicht nur Leiter des aus den Kämpfern heraus gebildeten Flüchtlingslagers, in dem über 5000 Verwundeten unterkunft fanden, sondern er war auch von der Reichsregierung zum Reichskommissar für das gesamte Flüchtlingswesen ernannt worden und befügte über entsprechende Anweisung Er hat das ihm übertragene Amt im weitesten Maße zu Willkürschreitungen, Unterschlagungen und Betrügereien mißbraucht und hat erhebliche Beträge auf die Seite gebracht. Wir werden über diese Angelegenheit noch ausführlicher berichten.

Pressestelle des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung. Das bisher vom Pressereferenten des preussischen Staatsministeriums geleitete Pressereferat des Staatskommissars für öffentliche Ordnung ist, wie die „P. P. A.“ erfahren, vom 1. Juli ab als eine selbständige Pressestelle eingerichtet worden. Die Leitung des Pressereferates wurde der bisherige Redakteur am „Berliner Tageblatt“, Dr. Brandt, beauftragt.

Auf der internationalen Seemannskonferenz in Genua teilten die Vertreter der Meeres von Dänemark, Schweden und Norwegen mit, die Acht und Dvierzig Stundenwoche sei für die Frage der Arbeitsdauer auf See für sie unannehmbar. Die Kommission für die Festlegung der Arbeitszeit konnte sich dieser Ansicht nicht anschließen. Die englischen Vertreter der Arbeitnehmer stellten fest, daß sich die Vertreter ihrer Regierung und der englischen Meeres in der Opposition befänden. Die Arbeitervertreter wunderten sich über diesen Widerstand und erklärten, unter diesen Umständen sei eine weitere Verhandlung zwecklos. David Lloyd Wilson, der Vertreter der englischen Seeleute, erklärte den Vertretern der Meeres, wenn es in Genua in dieser Frage zu keiner Einigung komme, so würden die englischen Seeleute zur Waffe des Streiks greifen.

### Martin Gorkis Brief an die Bourgeoisie

Das amerikanische Sozialistenblatt „The Teller“ veröffentlicht folgenden Brief Martin Gorkis, der ebenfalls aus dem Exil in Richtung bereits überwundenen Stadium des Bolschewismus kammt. Wir geben den Brief nachstehend mit unwesentlichen Kürzungen in der Übersetzung wieder.

Ich habe eine Anzahl Briefe von verschiedenen Personen erhalten, die alle im Ton tödlichen Schreckens und größter Traurigkeit geschrieben sind. Ich fühle, daß die Briefschreiber unklare Stunden und Tage durchgemacht haben, daß ihre Herzen qualen erdulden, daß ihre rastlosen Gedanken sie nicht loslassen.

„Was ist aus dem guten russischen Volk geworden? Warum verwandelte es sich plötzlich in wilde Bestien?“ schreibt mir eine Dame auf einem parafundierenden Briefbogen. „Christus ist vergessen, seine Ideen sind entwirrt.“ Schreibt Graf V. Einige janken und klagen, andere seufzen und klagen. Alle sind gereizt, niedergedrückt und voller Angst bei dem Gedanken an diese tragische und große Epoche. Da ich nicht die Möglichkeit habe, persönliche Antwortbriefe an jeden einzelnen zu schreiben, antworte ich hiermit allen zugleich. Meine verehrten Herren und Damen! Die Tage der Strafe für ihre sträfliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben des Volkes sind gekommen. Alles was Sie jetzt erleben, haben Sie voll verdient. Und ich kann Ihnen nur eins sagen und raten: lassen Sie diese Schreden, die Sie sich selbst geschaffen haben, eine noch tiefere und bestigere Form annehmen. Lassen Sie Ihre Herzen noch tadellos werden. Sie verdienen es, Sie werden erschöpft sein, aber vielleicht wird dann das Gesunde und Menschliche in Ihrer Seele von dem Schlamm und der Niedrigkeit gereinigt werden. Ihre Seelen sind voller Lügen, voller Herrschaft und aller niedrigen Instinkte.

Verehrte Dame, Sie wollen wissen, was über das Volk gekommen ist? Die Leute haben einfach die Geduld verloren. Sie waren zu lange still, sie ertrugen eine zu lange Zeit hindurch Beleidigungen, ohne zu murren. Ihre Klagen haben die Köpfe ihrer Herren zu lange getragen. Nun können sie es nicht mehr. Was sollte das Volk weiter tun, als sich in „wilde Tiere“ verwandeln? Was haben Sie getan, um andere Resultate zu erwarten? Haben Sie ihm je etwas gutes gelehrt? Haben Sie in seine Seele Tugenden gesät? Während Ihres ganzen Lebens benutzten Sie seine Arbeit, ohne jedes Verständnis, daß Sie damit ein Verbrechen begingen. Sie lebten, ohne danach zu fragen, wozu Sie lebten, ohne zu sagen, wo die Kraft lag, die Sie ernährte. Wenn Sie auf Ihre Landhäuser zogen und Seite an Seite mit den Bauern wohnten, haben Sie auf diese herab wie auf eine ausgestohene Rasse.

Das Volk hat eine gutmütige Natur, aber Ihre Mächtigkeits böse. Ihr blödes Egoismus hat ab, an denen Sie, die Ausgestohenen, nicht teilnehmen konnten. Und doch fordert Ihr von ihnen Dankbarkeit. Gute Freivolität, mit Verachtung gemischt, konnte in Ihren Seelen keinen Respekt für Euch erwecken. Was habt Ihr für sie getan? Habt Ihr versucht, sie aufzuklären? Nein! Ihr habt Euch eher bemüht, sie zu verdummen. Und nach all

dem verlangt Ihr, daß sie gut sein sollen? Der Bauer war in Euren Augen nur eine Art Vieh. Wenn Ihr mit ihm sprach, behandelte Ihr ihn wie ein wildes Tier. Ist es nun ein Wunder, daß er sich jetzt in ein „wilde Tier“ verwandelt hat? Madame, Ihre Frage zeigt nicht allein Lebensunkenntnis, sondern auch die Heuchelei eines Verbrechers, der seine Schuld fühlt, sie aber nicht öffentlich zu bekennen magt. Sie wühten, wie der Bauer lebt. Ein menschliches Wesen, das fortgesetzt geschlagen wird, muß sich früher oder später rächen; ein Vieh, das unbandbar behandelt worden ist, hat für niemanden Mitleid. Das ist klar, ja mehr: es muß so sein. Wie können Sie von einem Herzen Dank oder Mitleid erwarten, in das sie nachflucht sitzen? Meine Dame, in Kiew war das gute alte russische Volk den berühmten Fabrikanten Brodsky zum Fenster hinaus. Die Erzieherin wurde ebenfalls zum Fenster hinausgeworfen. Aber dem kleinen Kanarienvogel in seinem Käfig wurde kein Leid angetan. Denken Sie bitte über dieses Ereignis nach. Dieser kleine Vogel erweckte Mitleid in einem Augenblick, wo menschliche Wesen zum Fenster hinausgeworfen wurden. Augenscheinlich haben also auch geschändete Herzen Raum für Mitleid, aber dieses Mitleid besteht nicht für menschliche Wesen, da diese es nicht verdienen. Darin liegt das Entsetzliche und die ganze Tragödie.

Sind Sie noch immer so ganz überzeugt, daß Sie ein Recht haben, menschliche Behandlung zu verlangen, während Sie selbst während des ganzen Lebens unbandbar gegen Ihre Mitmenschen gewesen sind und sie nicht als Thiergesein betrachtet haben? Sie schreiben Briefe, Sie haben eine Erziehung genossen. Wahrscheinlich haben Sie Bücher gelesen, in denen das Leben der Bauern beschrieben wurde. Was können Sie von den Bauern erwarten, da Sie ihr Leben kannten, aber nichts taten, um ihre Leiden zu mildern?

In einem Lande, wo das Volk mit Peitschen und Knuten geschlagen wurde, wo die Unterdrückung keine Grenzen kannte, wo die Gewalttaten solche Formen annahmen, daß man sich dessen schämte — in einem solchen Lande herrscht kein Mitleid. Ein Volk, das durch Faustschläge und Knutenhiebe ausgebeutet ist — kann nicht weidherzig sein. Ein Volk, auf dessen Körper die Polizeihand traten, kann auch auf die Körper anderer Menschen treten.

In einem Lande, wo so lange die Ungerechtigkeit regiert hat, ist es schwer, die Herrschaft der Gerechtigkeit einzuführen.

Wir können nicht verlangen, daß ein Mann, der niemals die Gerechtigkeit sah, gerecht ist. Meine Dame, verlangen Sie nichts vom Volk, was Sie ihm nicht gegeben haben. Sie haben kein Recht, den Dank des Volkes zu fordern. Dieses Volk wurde schamlos unterdrückt. Nun, da der Faschismus und der Kapitalismus es zur Revolution gebracht haben, kommen all seine dunklen Kräfte hervor, alles, was ihm seit Jahrhunderten eingebrannt worden ist, und überall schreiet es nach Rache.

Trotzdem hat das Land noch eine andere Kraft, leuchtend durch den großen Gedanken, beleuchtet durch den sehnsüchtigen Traum nach Gerechtigkeit, Freiheit und Schönheit. Aber warum soll ich jemanden die Schönheit und die Größe des Meeres beschreiben, der doch keine Augen hat, um sie zu sehen?

### „Bruder Martin“ in der Volksbühne

Dieses Volksstück gehört nicht zu den schlechtesten seiner Gattung. Es bringt zwar nichts Neues und verrät keinerlei individueller Bewandlung, aber vielleicht kommt ihm das gerade zugute. So hören und sehen wir denn wie anno dazumal, wie in bestmöglicher, musterter Prosa, derber Lustigkeit und etwas formalistischer Tragik das Leben des einfachen Bauer-volkes dahinfließt. Der Bruder Martin, ein fahrender Bettelmann, der mit einem leibhaftigen Esel auf der Bühne erscheint, ist der gute Geist, der die kleinen und großen Schmerzen seiner Landleute kennt und für jeden ein Krautlein und eine Salbe in seinem Sack hat. Er fährt den Müller und die Müllerin, die sich einseitig haben wieder zusammen und macht aus der Eitelkeit, der Frau des Schneiders Wärme, einem wahren Hausdrachen, ein gefügiges Schweiß. Zwar tun das nicht die Kräuter und Salben, sondern die frische, menschlich-natürliche Art, diesen Deutschen den Kopf zurechtzurichten.

Das alles zieht hübsch heiter und fröhlich, zuweilen sogar mit gedrangter Komik an uns vorüber. Dazu schöne Bühnenbilder, lustige Volksgesänge, gutes Zusammenspiel. Aber — und das verstimmt ein wenig — wozu die Konzeptionen an das liebe Publikum? Wozu diesem Bruder Martin, der sich leiblich wahrhaftig unter den Landleuten ausnimmt, Coupletts in den Mund legen, dazu noch solche der äbelsten Sorte mit hartem Pbilistiergehalt, mit Spiken auf die schlechten Zeiten, die „leidige Politik“, ganz wie der deutsche Epicheer es gern haben will. Was Wunder, daß hier natürlich der Beifall einsteht. Und doch ist's weiter nichts als eine Verduldhorung des guten Geschmacks, paßt in den ganzen Charakter dieses Volksstückes wie die Faust auf's Auge.

Alles in allem kann man dieses Volksstück mit Vergnügen in 4 Akten von Carl Costa jedem empfehlen, der ein paar vergnügliche Stunden im Theater verleben will.

### Die „Strohwitwe“ im Staatstheater

Im Sommer legt auch das Staatstheater seine Feiertätigkeit ab und gewährt der Operette des Opern-Generaldirektors Leo Blech „Die Strohwitwe“ Gastfreundschaft (mit zweimonatlicher Aufenthaltbeschränkung). Es ist eine nur wenig veredelte Spielart der landläufigen Operettenwerke mit einem dazugehörigen Text, von dem es genügt zu sagen, daß er mit „Wäuschen“, Schapi usw. umherwirft und „wie lieb, mein süßer Herrchenlieb“ reimt, im übrigen sich mit Serenitätsmüßverbotung, Kronprinzessinnen und „süßem Wäuschen“ ausdauernd beschäftigt. Die Musik Leo Blechs scheint vor Teufelstücken des jugendlichen Schlagtrums nicht zurück, zeigt aber stellenweise die opernartige Hand des echten Musikers, der in höherem veranlagt ist. Schade, daß er der Konjunktur so weit nachgibt und seine Kunst nicht vor den Niederrungen der kapitalistischen Kera hütet. Immerhin gibt er auch hier gelegentlich Belangvolles, was sich musikalisch weit über den Durchschnitt erhebt (in der Art seiner kleinen Oper „Verliebt“). Eine wahrhaft glänzende Aufführung besiegelte den ähneren Erfolg. Blech, der selbst dirigierte, wurde oft gerufen. Die musikalische und literarische Unterstützung war von weitestlicher Präzision, die Einzelleistungen in Spiel und Gesang durchweg ersten Ranges. Vera Schwarz und Erik Wirt ein prächtig sangesfruchtbares Paar, Franz Groß auch ohne Falset

# Die Wahrheit über den Landarbeiterstreik in Hinterpommern

Über den Streik der hinterpommerschen Landarbeiter werden sehr viele falsche Nachrichten verbreitet. Die Organisation der Landarbeiter wird öffentlich beschuldigt, den Streik seit langem vorbereitet und ohne Grund provoziert zu haben. Wenn man erfährt, daß alle diese Nachrichten aus einer und derselben Quelle, aus der Geschäftsstelle des Pommerschen Landbundes stammen, dann weiß man ihren Wert richtig einzuschätzen.

Der Landarbeiterverein hat weder den Streik in Hinterpommern vorbereitet, noch hat er durch eine einzige Handlung zu dem Streik beigetragen. Die hinterpommerschen Landarbeiter sind ganz aus sich selber zur Arbeitseinstellung geschritten, ehe alle Schiedsinstanzen durchlaufen waren, weil sie seit Monaten von dem Pommerschen Landbund in der unverantwortlichsten Weise behandelt wurden. Sie haben seit Monaten auf eine Verbesserung des sogenannten Zwangsarbeitsgedrungen, dessen Lohnsätze durch die fortschreitende Steigerung der Preise gerade für die unentbehrlichsten Bedarfsartikel des Landarbeiters längst überholt waren. In allen übrigen Provinzen Preußens und im übrigen Deutschland haben die landwirtschaftlichen Arbeiter im Laufe der letzten Monate anerkannt, daß die Verhältnisse sich zu Ungunsten der Landarbeiter verändert haben und haben sich zu einer verhältnismäßigen Erhöhung der Löhne verstanden.

In Hinterpommern hatte es aber der Pommersche Landbund, hinter dem die Herren von Wangenheim, von Herzberg, Pottin und andere stehen, sich vorgenommen, die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern, um wieder die unbeschränkte Macht über ihre Arbeitskräfte zu erlangen. Als die Rechtsgrundlage des Zwangsarbeits aufgehoben war, wählten die Arbeiter in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages einzutreten. Der Schlichtungsausschuß wurde angerufen, in dem die Arbeitgeber und einige Arbeitnehmervertreter vom Pommerschen Landbund sich dafür entschieden, nicht einen Tarif für den ganzen Regierungsbezirk, sondern durch die Spruchkammern der einzelnen Kreise Tarife abzuschließen zu lassen.

Es bestand nun nach Ansicht der Landarbeiter die Gefahr, daß die Arbeitnehmervertreter des Pommerschen Landbundes in den einzelnen Spruchkammern mit den Arbeitgebern zusammen eine Mehrheit bilden und in allen Kreisen sehr ungünstige Tarife abschließen würden. Sie verlangten von ihrer Organisationsleitung die Genehmigung zum Eintritt in den Streik. Auch jetzt noch versagte dies die Organisationsleitung und gab den telegraphischen Befehl:

Vorstand und Beirat verlangen, daß Schiedsprüche der Kreisprüfkammern abgewartet werden. Befürchtung, daß Schiedsprüche wegen Teilnahme von Landarbeitern ungünstig ausfallen, wird von uns nicht geteilt. Auf rasche Erledigung durch Kreisprüfkammern ist hinzuwirken. Sollten einzelne Kreise ungünstig ausfallen, kann mit größerem Nachdruck kretsweise Kampf geführt werden.

Die Befürchtungen der Landarbeiter bestätigten sich im Kreise Köslin. Hier fand sich ein Arbeitnehmervertreter in der Sitzung der Spruchkammer am 21. Juni, der mit den Arbeitgebern zusammen in eine Verlängerung der Arbeitszeit um 137 Arbeitsstunden willigte, der gegenüber nur ein geringer Ausgleich in der Barlohnvergütung Platz greifen sollte. Der Barlohn soll 1400 Mark betragen.

Durch den geschlossenen Streik sind nun die Arbeitgeber in den anderen Kreisen doch zu der Einsicht gekommen, daß man es nicht auf einen für die Arbeiter ungünstigen Entscheid ankommen lassen dürfe. Es haben mittlerweile direkte Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern stattgefunden, die zu dem Abschluß von Tarifverträgen in den Kreisen Dramburg, Kolberg, Stolp und Schlawe führten. In den Kreisen Rummelsburg, Bublitz, Lauenburg und Bülow ist am 25. Juni verhandelt worden. Ebenso soll in Belgard und Reustettin verhandelt werden. Gegenwärtig wird nur noch gestreikt in den Kreisen Lauenburg und Köslin.

Aus Vorstehendem ist für die Bevölkerung ersichtlich, daß nicht, wie eine gewisse Presse behauptet, verbrecherische Absichten der Organisation der Landarbeiter dem Streik und einer Schädigung der Volksernährung zugrunde liegen, sondern daß nur der mangelnde Wille der Arbeitgeber bisher eine Einigung mit den hinterpommerschen Landarbeitern vereitelt hat.

## Die Brotnot im Westen.

Der Brotmangel im rheinisch-westfälischen Gebiet wird immer drückender. Als Versprechungen und Zusagen der Regierung sind Windmühlen gewesen. Der Stadt Düsseldorf sind infolgedessen neuerdings Zustände gemeldet worden. Auch ist angeordnet worden. An Ort und Stelle ist angeordnet worden, daß Ver-

breitungen als Komitet untergeordnet und unübertrefflich, Woldebar heute, der frischste von allen und wie stets überaus erfreulich, dazu Friz Baugendorff, Edy Leuz und Ledebur — ein so künstlerisch durchgebildetes Ensemble ist in der Operette selten und begrüßenswert.

## Berliner Musiknöte

Die wirtschaftlichen Nöte der Zeit greifen immer tiefer gehend in das Berliner Musikleben ein. Schon ist das Philharmonische Orchester durch finanzielle Schwierigkeiten in dem Weiterbestand seiner Konzerte ernstlich gefährdet, und nun hat auch Siegfried Ochs den folgenschweren Entschluß fassen müssen, den Philharmonischen Chor, dessen Höhe der künstlerischen Leistungen ein Stück Musikgeschichte in sich schließt, aufzulösen. Hiermit ist wieder ein Grundstein des Berliner Konzertlebens gelockert.

**Große Volkssoper und Volkshöhne.** Wir haben kürzlich bereits hingewiesen, daß das Projekt der „Großen Volkssoper“ als Oper der Bieranstalt greifbare Formen anzunehmen begonnen hat, insbesondere dank dem lebhaftesten Interesse, das die organisierten Theaterbesucher dem Plan entgegenbringen. Die enge Verbindung zwischen der Großen Volkssoper und der Volkshöhne soll auch bei den vom 1. August an in der Volkshöhne stattfindenden Opernvorstellungen in die Erscheinung treten. Die Anteilhaber der Volkssoper, deren Zahl sich seit der Eröffnung der zahlreichen Werbestellen in ganz Berlin erheblich vermehrt hat, erhalten zu diesen Opernvorstellungen Karten zu den halben Kassenpreisen.

**Im Waldhalla-Theater** findet am 15. Juli die erste Abendvorstellung des mit großem Beifall aufgenommenen Schauspiel „Die Internationale“ von G. Gallup statt. Vorstellungen für die folgenden Tage von Betrieben u. Gewerkschaften sind baldigst an das Büro des Waldhalla-Theaters zu richten.

**Eine Volkshochschule** wird an der Universität Leipzig am 1. Juli ins Leben treten. Leiter ist Professor Dr. Schmeidler. — Georg Kerschke, der bekannte Münchener Schulreformer, übernimmt die Professur für Pädagogik in Leipzig.

**Vorträge der Ethik-sozialistischen Arbeitsgemeinschaft** finden jeden ersten Montag im Monat, abends 7 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindeschule, Berlin W., Pallaststraße 15, statt. Erster Vortrag Montag, den 5. Juli, Dr. A. D. Wulfe: „Die Sozialisierung“ der Frau. Die Lösung der Frauenfrage in der kommenden Gesellschaft. Eintritt frei.

**Lieder des Meeres** heißt eine Ausstellung, die das Genetralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 190 für die Zeit bis Mitte Juli veranstaltet. Die Ausstellung umfaßt eine größere Anzahl von farbigen Naturstudien des Tiermalers Paul Wandersky, Berlin, Sanssouci, die das Lieder des Meeres wie die Mittelmeerlandschaften. Die Ausstellung ist von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, Sonnabends nur bis 2 Uhr unentgeltlich geöffnet.

trauensleute der Arbeiterschaft in die Düsseldorf-Mehlverteilungsstelle als Kontrolleure eintreten sollen.

Inzwischen ist beispielsweise in der Industriegemeinde Haan die Brotration auf 2 Pfund herabgesetzt worden. Das Lebensmittelamt Wald (bei Solingen) macht bekannt:

Die Mehlzufuhren waren in den letzten Tagen sehr gering, jedoch die Bäder auf die neue Brotart nur einen Teil der Wogenration ausgegeben können. Sobald die zugefügten Mehlzufuhren eintreffen, wird das auf die Karte noch zustehende Brot selbstverständlich nachgeliefert.

Mit diesen Mehlbelieferungsverträgen sieht es aber böse aus. Mühte doch die Düsseldorf-Mehlverteilungsstelle der Stadt Essen mitteilen, daß 10 000 der zugewiesenen Saft Weizenmehl noch nicht einmal in Antwerpen eingetroffen seien. Uebrigens wird ein Teil der erwartenden Auslandszufuhren kein Brotgetreide, sondern Reis- und Hülsenfruchtmehl bringen, aus dem auch jetzt noch das Brot fast allgemein aus mehr als zur Hälfte besteht.

Weder quantitativ noch qualitativ ist eine baldige Besserung zu erwarten. Um so empörender ist es, daß jetzt im Regierungsbezirk Aachen den Preinensbäckern große Mengen 66-prozentigen Mehls geliefert werden. Solche Verschwendung ist angesichts der Broitkatastrophe im Nachbarbezirk Standards und wirkt natürlich erbitternd.

## Die Werbekraft der U. S. P. D.

### Glänzender Verlauf der Versammlungen

Die Versammlungen der U. S. P. D., die gestern abend in Groh-Berlin tagten, bewiesen wieder die ungeheuerliche Werbekraft unserer Partei. Die Hoffnung der Reaktionskräfte, die da glauben, durch demagogische Ausnutzung der prinzipiellen Oppositionsstellung, die die U. S. P. D. zur Regierungsbildung eingenommen hat, ihr die Massen abspenstig zu machen, wird ein großer Selbstbetrug bleiben. Unsere Versammlungen waren durchweg so gut besucht, daß vielfach Parallelversammlungen abgehalten werden mußten. Die Besucher betonen ihr vollstes Einverständnis mit der Haltung der U. S. P. D., sie gaben durch ihre Zustimmung zu erkennen, daß nur die Grundzüge der U. S. P. D., angewendet im praktischen Kampf des Tages, die Arbeiterklasse aus ihrem Elend befreien können. Die Lebensmittelsteuerverordnung, herbeigerufen durch den schamlosen Wucher der Erzeuger, wurde eingehend erörtert, ebenso die Ursachen der Wirtschaftskrise, die immer weiter um sich greift und das Proletariat in einem steigenden Maße verelendet. Auch die Not der Erwerbslosen kam zur Sprache, und bei allen Fragen zeigten die Versammelten ihre Uebereinstimmung damit, daß der Kapitalismus die ihm gestellten Probleme nicht lösen kann, daß nur der Sozialismus den Weg zur Rettung aus der Not zeigt. Wir registrieren kurz die wichtigsten Versammlungen:

In den Germania-Sälen sprach Genosse Schwarz (Wannheim) vor etwa 3000 Personen. In der Diskussion sprach ein Postillon die traurige Lage der unteren Postbeamten, die immer mehr ins Elend geschleudert werden, ohne daß ihnen nennenswerte Hilfe wird.

Im Roabiter Gesellschaftshaus referierte Genosse Plettner (Dannover) im überfüllten Saal. In der notwendig gewordenen Parallelversammlung im Garten sprach der Genosse Hennig. Der reiche Beifall, womit die Redner unterbrochen wurden, gab den besten Beweis dafür, daß die Versammlungsbefucher vollständig mit den Zielen der U. S. P. D. einverstanden waren.

In der Böhlow-Bräuerei mußten wegen der Ueberfüllung die Tische entfernt werden. Der Saal erwies sich aber doch noch zu klein, die Versammlung wurde deshalb in den großen Garten verlegt. Genosse Scholze referierte und fand ungetrübten Beifall.

In Lichtenberg fanden zwei überfüllte Versammlungen statt. Referenten waren Genossen Wackwiz und Genosse Reich. Die Versammlung in der Parlaue nahm eine Resolution an, in der die sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gefordert wird.

In den Andreasställen mußte wegen Ueberfüllung eine Parallelversammlung anderaumt werden. Besuch etwa 3000 Personen. Genosse Lipski (Leipzig) referierte.

In Gaumanns Festhän sprach Gen. Kogke. Auch dieser Versammlung war überfüllt, besonders stark waren die Frauen vertreten.

Vor etwa 1000 Personen sprach in Treptow-Baum-schulenweg Genosse Berthels. Eine ganze Anzahl Renaufnahmen wurden gemacht.

## Zusammenbruch einer Schieberzentrale

Aus Rattowitz wird uns gemeldet:

„In dem ehemaligen Wirkungskreis des Reichs- und Staatskommissars Otto Höring (Rechtsozialist), jetzt Oberpräsident von Sachsen, des Oberbürgermeisters von Rattowitz und demokratischen Reichstagsabgeordneten und Ministerkandidaten Pohlmann, jetzt Regierungspräsident in Sachsen, und des Reichsleiters des Reichsverbandes der Arbeitervereine in Nordhaußen (Sachsen-Magdeburg-Nordhaußen) hat die Stützen des Wuchers und des Schiebertums, das sie haben groß werden lassen, endlich zusammengebrochen.“

In Rattowitz in Oberhessen wurde anlässlich der Verhaftung des Leiters des Adolphi Lebensmittellagers, Sekretär Paschler ein endlose Schieberaffäre ausgebeutet, in deren Verlauf bisher nach und nach folgende Personen verhaftet wurden: Volkereiheführer Hoffmann, Frau Hoffmann, Frau Paschlerin, Frau Regierungsrat Federmann, die Schwägerin des Paschlerin, Bureauclerk Anna Schuis, Mitarbeiterin des P. Großbäckerei-Inhaber Martide, Magistrats-Sekretär Hain, Bankbeamter Paul, Gemüsegroßhändler Bobo Baun, der Kaufmann und rechtssozialistische Funktionär Gottbill, ein Bruder des oben genannten Landrats, sämtlich aus Rattowitz, ferner der Leiter der Festverzehrungs-Kasse für ganz Oberhessen, Sekretär Rothmann aus Oppeln. Ein Teil der festgenommenen wurde in schließlichen Luxusbädern verhaftet. Weitere Festnahmen stehen bevor. Die Staatsanwaltschaft hat eine besondere Abteilung der Bearbeitung dieses Falles geschaffen, mit dem Sitz in Rattowitz. Es hat sich herausgestellt, daß der Wert der verschobenen Ware (Kartoffeln, Butter, Zucker, Mehl, Gemüse) in die Hunderttausende geht, wobei auch die Stadt in Mitleidenschaft gezogen wurde.“

So wird in der oberhessischen Presse berichtet. Interessant an der ganzen Geschichte ist, daß der Magistrat der Stadt Rattowitz schon seit Jahren vor Paschlerin gewarnt wurde, diesem aber immermehr Glauben schenkte als den Anklägern. Schon 1917 hatte der damalige Lebensmittellagerleiter Stadtrat Dame sein Amt niedergelegt. 1919 tat sein Nachfolger, Stadtrat Guttman, dasselbe. Aber der damalige Oberbürgermeister Pohlmann ließ weder die Stadträte Dame und Guttman fallen, als daß er dem Paschlerin das Vertrauen verleierte. Preßheben, Verleumdungsflagen, alles wurde in den Wind geschlagen. Die Bureaukratie legte. Als es sich in Rattowitz bei einer ähnlichen Schieberaffäre herausstellte, daß der dortige Bürgermeister Dr. Heuser dem behördlichen Spektakel Morogalla zu viel Vertrauen geschenkt habe, fuhr Dr. Heuser nach Preußen und erschloß sich. Die Herren Pohlmann, Höring und Gottbill aber gehen nach Sachsen und bleiben Vertrauensleute der Regierung.

Wenn einmal irgendwo ein autoritärer Windbeutel im Besitz von fünf Pfund geschobener oder geschämterter Butter tappi wird, dann posieren dies alle bürgerlichen und rechtssozialistischen Blätter aus mit der fettgedruckten Ueberschrift: „Praktischer Kommunismus“. Was aber in Rattowitz aufgedeckt wurde, daß ist das System, unter dem das Volk die ganze Argezeit hindurch zu leiden hatte. Ist unter den Verhafteten ein einziger Proletarier zu finden? Wenn Ober-

schleien oder ein Teil davon dem Deutschen Reich verloren gehen sollte, Herr Höring, Otto und Herr Pohlmann, Sie sind schuld daran, denn sie haben solche Zustände groß werden lassen!

Deutscher pazifistischer Studentenbund. Am Montag, den 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr, spricht Dr. Max Dori im Auditorium 33 der Universität über das Thema „Der Weg zum Pazifismus“.

Ublehnung des Frauenstimmrechts in Belgien. Die Kammer hat bei der Debatte über die Verfassungsrevision den Antrag eines katholischen Abgeordneten auf Einführung des Frauenstimmrechts mit 89 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

## Die Gewerkschaftskommission zur Betriebsrätefrage

Vor Eingang in die Tagesordnung beschloß die Versammlung, daß zwei der vom Zentralverband aufgeschlossenen Delegierten an den Verhandlungen nicht teilnehmen können, da eine Ueberprüfung der Berechtigung des Ausschlusses in der Gewerkschaftskommission nicht erfolgen kann.

Genosse Ruch übermittelte die Einladung eines russischen Gewerkschaftsführers eine Studienkommission nach Rußland zu senden. Diese Kommission soll sich vor allem informieren über Ausfuhrmöglichkeiten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus Rußland, über Absatzmöglichkeiten für die deutsche Industrie, über Auswanderungsmöglichkeiten. Er verwies darauf, daß im Jahre 1918, 25 000 Menschen aus Deutschland zum größten Teil nach Amerika und Australien ausgewandert sind. Neue Absatzstellen für die dringenden Auswanderer sind jetzt nur in Rußland zu finden. Die deutsche Einfuhr aus Rußland war 1918 fast so groß wie die aus Amerika. Außer Nahrungsmitteln hat uns Rußland Grubenböden, Mangan, Platin und Silbererze geliefert. Auch die deutsche Ausfuhr dorthin war von Bedeutung. Rußland ist in der Lage und hat den Willen deutsche Erzeugnisse abzunehmen. Wenn die Friedensverträge unseren Verkehr mit Rußland unterbinden, und wenn wir die Verträge ändern wollen, müssen wir den Arbeitern der Entente zeigen, daß der deutschen Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen wird, sich zu ernähren. Deutsche Arbeiter sollen festhalten, ob Rußland die Macht hat, Verträge abzuschließen und einzuhalten. Der Kommission wird völlige Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit zugesichert. — Der Antrag Ruch wird angenommen und durch Stimmzettel werden Ruch, Siegle und Czerni in die Studienkommission gewählt.

In der Fortsetzung der Diskussion über die Betriebsrätefrage sprach zuerst Siegle. Wenn man den Gewerkschaften nur die Aufgabe zuweisen will, Lohnkämpfe zu führen und Tarife abzuschließen, dann wäre es nicht notwendig gewesen, sie zu revolutionieren. Die Räteorganisation sollte ursprünglich erst aufgebaut werden, wenn die Arbeiterschaft die wirtschaftliche Macht erlangt hat. Durch das Betriebsrätegesetz haben sie wesentliche Aufgaben der Gewerkschaften erhalten. Wenn die Gewerkschaften die Mittel aufbringen, müssen sie das Recht haben, über die Verwendung der Mittel uneingeschränkt zu bestimmen, und zwar die Gesamtheit der Mitglieder, nicht die Jufanzen. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission unterbreitet folgende Erklärung zur Annahme:

Die Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin sahte am 24. Juni 1920 den Beschluß, neben den Gewerkschaften eine selbständige Organisation der Betriebsräte aufzubauen. Die Betriebsräte haben weiter ausgesprochen, daß über diese Organisationsform nicht die Arbeiter- und Angestelltenchaft, sondern die Betriebsräte selbst zu entscheiden haben. Trotz dieser klaren und eindeutigen Stellungnahme soll nochmals der Versuch gemacht werden, eine Verständigung zwischen der Betriebsrätezentrale, Rätezentrale und der Gewerkschaftskommission herbeizuführen. Auch die Gewerkschaftskommission ist durchaus der Meinung, daß eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten der Betriebsräte mit den Gewerkschaften zwingende Notwendigkeit ist.

Die Gewerkschaftskommission steht deshalb nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine selbständige Betriebsräteorganisation von den Gewerkschaften nicht als berechtigt anerkannt werden kann, den Betriebsräten aber innerhalb der Gewerkschaften ihre volle Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit garantiert werden soll. Die Finanzierung der Betriebsräte ist ausschließlich Sache der Gewerkschaften. In dem die Gewerkschaftskommission nochmals diesen grundsätzlichen Standpunkt betont, spricht sie die Erwartung aus, daß die Betriebsrätezentrale ihren unähnlichen Standpunkt aufgibt und sich für Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft dieser Aufassung anschließt, denn nur die Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften und ihrer Mitarbeit in ihnen verbürgt der gesamten Arbeiterklasse bei den bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen den endgültigen Sieg.

Genosse Maljahn: Von Seiten des Parteivorstandes ist auf Grund des Aktionsprogrammes darauf hingewiesen worden, daß sie an der Selbständigkeit der Räteorganisation festhalten. Im ersten Entwurf der Gewerkschaftskommission heißt es: Die Generalversammlung der Betriebsräte entscheidet über technische und organisatorische Fragen selbständig. Erst in den weiteren Verhandlungen hat man immer neue Schwierigkeiten hinzugebracht. Wir gehen durch die steigende Arbeitslosigkeit und Lenkung der schweren Kämpfe entgegen, und wir wissen, daß diese entscheidenden Abwehrkämpfe nicht von den Gewerkschaften finanziert werden können. Die Arbeiterschaft wird trotzdem diese Kämpfe und den Kampf um ihre Räteorganisation durchführen müssen. Wenn man schon das Umlageverfahren einführt, soll man doch das Vertrauen haben, daß diese Mittel nicht ansinnig verwendet werden, da ja doch die Gewerkschaften durch ihre Vertreter in der Zentrale mitbestimmen und ihnen Kontrollrechte zugesprochen sind. Wir können auch nur bis zur Grenze unserer revolutionären Ueberzeugung nachgeben. Die Erklärung des Ausschusses magt jede weitere Verständigung fast unmöglich.

Genosse Reimann: Wenn wir die Betriebsräte erfassen und schützen, besteht niemals die Gefahr, daß sie zu Instrumenten der Arbeiterschaft werden können. Wenn sie den Gewerkschaften die Betriebsräte nehmen, nehmen sie ihnen das Rückgrat. Wir brauchen in den kommenden Kämpfen die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiter.

Genosse Ziska: Man fürchtet hier den klaren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, der sich gegen die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes wendet, um die Gefahren und Konsequenzen, die sich daraus ergeben können, nicht auf sich nehmen zu müssen. Alle Gewaltmaßnahmen der schweinssozialistischen Regierung haben nicht vermocht, den Rätegedanken in der Arbeiterschaft zu vernichten. Diesen Gedanken wird auch die Gewerkschaftskommission nicht ignorieren können. In der Frage der Finanzierung ist die Betriebsrätezentrale von ihrem feinerzeitigen Standpunkt abgegangen und habe den Standpunkt der Gewerkschaftskommission akzeptiert. Auch in der Frage der Kontrolle wird eine Einigung erzielt werden, wenn wir zu den Vertretern der Gewerkschaften Vertrauen haben. Ein Ausweg wäre auch die Aufstellung eines Gremiums für die provisorische Rätezentrale, in dessen Grenzen sie ihre Ausgaben halten möchte. Wir müssen den Mut aufbringen, unser eigenes Arbeitsergebnis, selbst gegen den Gewerkschaftsbund zu verteidigen. Zwingen wir die Betriebsräte-Zentrale gegen uns zu arbeiten, so wird die Revolutionierung der Gewerkschaften ins Ungewisse verzögert.

Die Debatte wurde nun geschlossen. Von den Referenten sprechen im Schlußwort Rörpel (Ksa) und Reimann (U. S. P. D.) gegen die Einigung. Richard Müller vertritt den Standpunkt der Betriebsrätezentrale und Bolmerhaus die Erklärung des Ausschusses.

Nach verschiedenen Richtigerstellungen ergab die Abstimmung 78 Stimmen für und 51 Stimmen gegen die Erklärung des Ausschusses der Gewerkschaftskommission. Genosse Ruch beantragte, daß der Ausschuss beauftragt wird, erneut in Verhandlungen einzutreten, was vom Vorstehenden Genossen Sabotz zugesichert wurde.

# Gewerkschaftliches

## Protestversammlung der Angestellten der Reichs- und Staatsbetriebe

Neben den Demonstrationen für die Sozialisierung des Baugesetzes fand Donnerstag nachmittag auch eine Protestkundgebung der Angestellten in den Reichs- und Staatsbetrieben im Lustgarten statt. Die Angestellten marschierten in geschlossenen Zügen auf und führten zahlreiche Plakate mit, die sich gegen die Richtlinien zum Reichsstaatsvertrag, gegen den 10prozentigen Steuerabzug und gegen gewisse höhere Beamte richteten. Die Redner sprachen von drei Stellen aus. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die gegen die Unzulänglichkeit des Tarifrechts und gegen die Verschleppungspolitik der Regierung unterhändler protestiert. Die Vertreter der Angestellten wurden beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Erfüllung der aufgestellten Forderungen hinzuwirken.

Diese Entschliebung wurde an die Adresse der Gewerkschaften mit dem Auftrage gerichtet, den Vorkauf zu geeigneter Zeit den Unterzeichnern der Regierung zu übergeben. Von einem Demonstrationzug nach dem Finanzministerium wurde Abstand genommen.

Der Streik in Hohornewitz beendet. Nach langen Verhandlungen im Reichsarbeitsamt wurden am Mittwoch die Differenzen zwischen der Direktion und den Angestellten des Kraftwerkes in Hohornewitz zur Zufriedenheit der Angestellten erledigt. Damit ist die Gefahr eines Streiks der Elektrizitätsarbeiter Berlins beseitigt.

Den in den Berliner Wach- und Schließgesellschaften beschäftigten Wächtern wird durch das Verhalten der hier in Frage kommenden Arbeitgeber das berechtigete Streben nach Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage verweigert. Hinzu kommt noch, daß mit stillschweigender Duldung der Staats- und Kommunalbehörden Beamte diesen Beruf nebenamtlich ausüben und somit einen weiteren Lohnzuwachs herbeiführen. Mit all diesen Mißständen beschäftigte sich eine stark besuchte Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses, die nach eingehender Diskussion den Antrag auf Forderung einer Teuerungszulage in Höhe von 100 M. einstimmig annahm. Auf Beschluß der Versammlung wurde über das Weissenjor-Wach- und Schließinstitut, das nicht die tarifmäßigen Löhne zahlt, die Sperre verhängt.

Berichtigungen. In dem Bericht über die Generalversammlung der Holzarbeiter sind einige Richtigmäßigkeiten vorzunehmen. In dem ersten Absatz des Berichtes kann es natürlich nicht heißen, „daß das Tarifamt für das Holzgewerbe durch Verschulden der Arbeitgeber nicht gestützt werden“, sondern nicht tätig werden konnte. Im zweiten Absatz ist klarzustellen, daß der sofortigen Einsetzung eines Schlichtergerichts durch das Reichsarbeitsamt nur dann nichts im Wege steht, wenn die Objekte des Tarifamtes die Zusammenberufung nicht für notwendig erachten. Der Antrag, der die Aufhebung der Gehaltsbeiträge fordert und mit Recht abgelehnt wurde, ist selbstverständlich nicht von der Verwaltung, sondern aus Mitgliederkreisen gestellt worden.

# Groß-Berlin

## Die ersten Aufgaben der neuen Stadtverordneten-Versammlung.

Die neugewählte Stadtverordnetenversammlung wird etwa am 15. Juli zusammentreten können. Ein genauer Termin steht noch nicht fest. Sobald die Namen der Gewählten endgültig feststehen, müssen dieselben benachrichtigt werden und sie müssen sofort die Annahme der Wahl erklären. Das gleiche trifft auch für die gewählten Bezirksverordneten zu. Die erste Aufgabe der Groß-Berliner Versammlung ist die Wahl eines Vorsitzers. Anspruch auf den ersten Vorsteher hat die U. S. P. D. Fraktion als stärkste Fraktion. Ihr folgt die zweitstärkste Fraktion, die umstritten ist. S. P. D. und die Deutsche Volkspartei haben die gleiche Anzahl Sitze — 39. Der S. P. D. macht die Volkspartei den Rang streitig, weil letztere darauf verzichtet, daß ihr Stimmenüberschuss höher ist, als der der S. P. D. und sie verlangt deshalb auch den zweiten Vorsteher. Nach Bildung des Vorstandes muß die Versammlung sich eine Geschäftsordnung geben und dann sofort Ausschüsse einleihen, deren wichtigster die Vorbereitung der Wahl des neuen Magistrats ist. Dann wird die Zeit gekommen sein, zu entscheiden darüber, wie der neue Magistrat zusammengefaßt sein soll. Die Frage ist noch offen, wie es mit den sogenannten Fachleuten im Magistrat gehalten werden soll und ob nicht darauf Bedacht genommen wird, den Magistrat mit geeigneten kommunalpolitisch geschulten Männern und Frauen zu besetzen und den Fachleuten eine besondere Stellung in der neuen Gemeinde einzuräumen.

Ob bei den 30 Mitgliedern, die der Magistrat stark sein soll, auch unbesoldete zu wählen sind, bedarf weiterer Klärung, da dann die Verhältnismäßigkeitswahl in Betracht kommt. Würden soviel unbesoldete Magistratsmitglieder zu wählen

sein, um den Parteien nach ihrem Stärkeverhältnis eine Vertretung zu sichern, so müßten mindestens sieben zu wählen sein, eine Zahl, die dem Aufgabenkreis des kommenden Magistrats nach keiner Richtung hin gerecht werden würde und durchaus nicht zweckmäßig ist. Wir brauchen im Magistrat volle Kräfte und die können in unbesoldeten Stadträten nicht gefunden werden. Noch vor dem 1. Oktober muß dieser neue Magistrat gewählt sein, damit er wieder die Bürgermeister und deren Stellvertreter der Bezirksämter ernennen kann und daß dann die Bezirksämter mit der Bezirksversammlung an die Arbeit gehen können.

Diese kleine Aufzählung zeigt schon die Arbeit, die die neue Stadtverordnetenversammlung für den Anfang vor sich hat. Am 1. Oktober aber geht es dann an die eigentliche Arbeit, da werden die alten Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevorstände vom Schauplatz ihrer Tätigkeit abtreten. Also: Arbeit in Hülle und Fülle erwartet das neue Groß-Berliner Parlament!

## Die Beamtengehälter in Charlottenburg

In der Sitzung der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, am Mittwoch, wurden die Gehälter der Magistratsmitglieder und der außerhalb der Befolungsordnung stehenden Beamten nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Der Antrag, die Regelung nach den Berliner Vereinbarungen vorzunehmen, wurde ebenso abgelehnt, wie der vom Genossenschaftlich gegründete Antrag das Gehalt des jetzt beurlaubten Oberbürgermeisters nicht zu erhöhen. Gegen den Antrag erklärten sich sowohl die Reichsparteien als auch die Demokraten. Das Mitbestimmungsrecht der Beamten wurde in der vorgeschlagenen Form angenommen. In Ausschüsse wurden verwiesen die Vorlagen über die Lehrerbeförderung, die Gründung einer Charlottenburger Akademie für soziale und praktische Medizin, die Beteiligung an der Baugenossenschaft Heerstraße. Bei der Nachbewertung von Mitteln für die Kleinwohnungsbauten in der Niebuhrstraße gestellte der Genosse Heiderich die Praxis des Bauunternehmers, der aus schneider Gewinnlust mit der Lieferung von Holz zurückbleibt, dadurch die Fertigstellung des Baues um mehrere Monate verzögert und riesige Gewinne einstreicht. Die übrigen Vorlagen, darunter auch die über den Mantelkassier der städtischen Arbeiter, wurden angenommen.

## Die Quäkerpeisung

Geheimrat Professor Dr. Czerny, Direktor der Universitätsklinik in Berlin, bittet uns in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des ärztlichen Beirats der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika um Aufnahme der folgenden Mitteilungen:

Die von der Kinderhilfsmission der amerikanischen Quäker durchgeführte Speisung deutscher Kinder, welche durch Beiträge aus allen Kreisen der Bevölkerung Amerikas, besonders auch der Amerikaner deutscher Abstammung, ermöglicht wird, und gegenwärtig bereits etwa 600 000 deutsche Kinder in 70 deutschen Städten umfasst, ist ausschließlich für unterernährte deutsche Kinder von der Vollendung des zweiten Lebensjahres bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres und für unterernährte hoffende und kranke Mütter bestimmt. Entscheidend ist allein der Ernährungszustand. Kinder, die den zweiten Geburtstag noch nicht erreicht und die den 15. Geburtstag bereits begangen haben, sind in die Speisung nicht aufzunehmen; wo dies etwa bisher geschehen ist, können diese Kinder ausnahmsweise bis zur nächsten ärztlichen Untersuchung in der Speisung bleiben. Neuaufnahmen von Kindern vor dem zweiten und nach dem 15. Geburtstag dürfen nicht erfolgen. So wünschenswert eine Ausdehnung der Speisung über diese Altersgrenzen an sich wäre, so muß sich dennoch die Kinderhilfsmission diese Beschränkung auferlegen.

Im übrigen können die Kinder nur auf Grund einer vertrauensärztlichen Untersuchung an den Speisungen teilnehmen, gemäß den ausführlichen Richtlinien, welche von dem ärztlichen Beirat der Kinderhilfsmission für die Auswahl der Kinder herausgegeben worden sind. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Lebensmittel in gelochtem Zustande an die Kinder und Mütter abgegeben werden und von ihnen an Ort und Stelle verzehrt werden müssen.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit bemerken, daß nicht immer die Zulassung der Kinder zur Speisung vom Gesichtspunkt der Bedürftigkeit aus erfolgt. Uns hindert wenig Fälle bekannt geworden, wo Lehrer und Lehrerinnen, die das Vorschlagsrecht haben, ihre Lieblinge bevorzugen und andere, denen sie nicht gewogen sind, benachteiligen. Herr Dr. Czerny, dem wir mit Beweisen gern dienen würden, würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er in dieser Beziehung Wandel schaffen würde.

Schuhmacher. Der Schuhmachermeister Otto Scheffler, Bromberger Straße 5, den eine Zuschrift an uns, die wir in Nummer 24 veröffentlicht, des Wunders bezeugte, befreite uns gegenüber diese Anschuldigung aufs heftigste. Er behauptet, daß er das Leder noch zu teurem Preise gekauft habe, und zwar das Pfund zu 90 M. Außerdem habe er außer der Befolung noch Hilfsarbeiten an den Schuhen vornehmen müssen. Trotzdem habe er nur den von der Schuhmacherei vorgezeichneten Mindestpreis genommen. Wir haben uns überzeugt, daß die Innung tatsächlich diesen Mindestpreis vorschreibt. Wenn daher eine Schuld an zu hohen Preisen vorliegt,

dann trifft sie nur die Innung, die ja gewisse Zwangsmittel besitzt, auch solche Schuhmacher zu höheren Preisen zu zwingen, die glauben, etwas billiger liefern zu können. Durch die Schwankungen der Lederpreise ist ja schwer festzustellen, ob man überverteilt wird oder nicht. Daß dies aber in vielen Fällen geschieht, daran ist nicht zu zweifeln.

Ueberfall auf einen Zerstörer. Unter dieser Ueberschrift berichtet das „Berliner Tageblatt“ über den blutigen Vorfall am Sonnabend in Ruderodorf, indem es die Behauptung aufstellt, der Postleutnant Bötrop (im „Tageblatt“ wird er Böttram genannt) sei „von einigen Passanten belästigt und auch tätlich angegriffen“ worden. B. habe dann zuerst einen Schreckschuh abgegeben, und als die Angreifer ihre Verteidigungen fortsetzten, habe er einen zweiten Schuß abgegeben, wodurch der Arbeiter Zeißmann verwundet wurde. Durch einen dritten Schuß des „Ueberfallenen“ sei dann unser Genosse Kemmer getötet worden. Wir stellen nochmals fest, daß B. keinen Schreckschuh abgegeben hat, sondern gleich scharf schuß und mit dem ersten Schuß den Genossen Kemmer tötete. Von einem Ueberfall kann überhaupt keine Rede sein, sondern B. hat, wie wir berichteten, im Vorübergehen durch ein Schimpfwort die Arbeiter schwer belästigt, was diese sich verbat und den B. zur Rache stellen. Die Gerichtsverhandlung dürfte wohl Klarheit schaffen.

Die erste diesjährige Oberspreewaldfahrt des Arbeiters Wandervereins „Berlin“ findet am 18. Juli statt. Keine Fußwanderung! Die 7 Stunden Radfahrt zu den schönsten Punkten des Spreewaldes. Teilnehmerkarten à 30 M. (Bahn- und Radfahrt) bis 15. Juli bei Wählisch, Stally e Straße 22, Ohlengasse, Romanbänkstr. 88, zu haben. Die Teilnehmer früherer Fahrten werden gebeten, in ihren Bekanntschaften auf diese Veranstaltung besonders hinzuweisen.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgegend für Sonnabend. Warm und zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, bei mäßigen, anfangs kühlen, später weichen Winden. Etwas Regen und Gewitterneigung, nachts kühler.

Der 17. Juli veranlaßt am kommenden Sonntag, den 4. Juli, ein Badfest in der Jungfernhöhe. Abfahrt: 12 Uhr am Hauptbahnhof, Abmarsch 1 Uhr. Für gute Unterhaltung und allokale Getränke ist bestens gesorgt. Für Kinder besondere Überlegungen. Der Besuch dieser Veranstaltung kann nur angelegentlich empfohlen werden.

## Aus dem Gemeindeleben

Niederhohenhausen. Sitzung der Gemeindevorstellung vom 29. Juni. Bei der Neuregelung der Befolung der Beamten, Lehrpersonen und Angestellten nach den Berliner Grundätzen wandten sich die Genossen Hiege, Buchweiz und Kraus haart in scharfer Form gegen die hohen Spitzengehälter der Schöffen und des Bürgermeisters. Sie wiesen nach, daß es sich bei einem Gehalt von 25—35 000 M. auch ganz ohne Teuerungszulage leben läßt und nicht immer der nötige Klassenabstand gewahrt werden muß. Von deutschnationaler Seite wurden ebenfalls die hohen Gehälter der Obersten Gemeindevorsteher als übermäßig bezeichnet. In der von unseren Genossen beantragten namentlichen Abstimmung wurde die Befolungsform für die unteren und mittleren Beamten einstimmig, und für die obersten Beamten gegen die Stimmen unserer Fraktion bei zwei Stimmenthaltungen der Nationalen ebenfalls angenommen. Herr Wiesner (S. P. D.) erklärte hierbei, daß sich verantwortungsvolle Posten auch dementsprechend bezahlt werden müßten. Im Anschluß hieran fand der von der Stadt Berlin vorläufig festgesetzte Vergütungsstarif für die Bureauhilfskräfte einstimmige Annahme. Des weiteren wurde beschlossen, den Bureauhilfskräften in Anbetracht ihrer Kostlage einen Vorschuß auf die in Aussicht stehende neue Tarifregelung für männliche 200 M., für weibliche 100 M. zu bewilligen.

## Aus den Organisationen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Montag nachmittags 6 Uhr in der Arbeiterbildungsschule, Schilderstraße 5-6, Sitzung aller Delegierten und Obleute der Distrikts- und Bezirks-Komitees und Gewerkschaftskommissionen. Alle Bezirke und Distrikte müssen unbedingt vertreten sein. — Am 13. Juli findet eine Vollversammlung sämtlicher Mitglieder der Räte- und Gewerkschaftskommissionen der im Bezirksverband Berlin-Brandenburg liegenden Ortschaften und Abteilungen statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung: Wie stellt sich die U. S. P. zu der Gewerkschafts- und Rätefrage werden alle Kommissionen ersucht, unverzüglich dazu Stellung zu nehmen.

15. Distrikt. Sonnabend 7½ Uhr Zusammenkunft sämtlicher Obleute und Delegierten der gesamten Kommissionen bei Hilt, Köpcke Str. 27, Nichtenberg. Sonnabend nachm. 5 Uhr Besichtigung der Kantine Lindehof durch die Kommunale Kommission. Treffpunkt alle drei Hauptstraßen 16 Uhr. Mit Rücksicht auf die Sitzung des Alltagsrates am Montag findet die Sitzung der Politischen Kommission am Sonnabend nicht statt.

Strelitz. Sonnabend 7 Uhr Zusammenkunft bei Kants, Straßen. Tagesordnung: Wählige Besprechung über die Rätefrage in Anbetracht der Ferien.

Niederhohenhausen. Sitzungskommissionen. Sonnabend 7½ Uhr Sitzung bei Wählisch, Hohenstr. 79. Tagesordnung: 1. Uebersicht nächster Aufgaben. 2. Wahlen.

Kreuzow-Grauhagenweg. Heute abend 7½ Uhr findet in Baumhüttenweg bei Boges, Baumhüttenweg, eine Sitzung des gesamten Alltagsrates einschließlich aller Kommissionenmitglieder statt. Die Teilnahme eines jeden einzelnen Mitgliedes ist erwünscht.

Kreuzow-Grauhagenweg. Infolge der gestern nachgeordneten öffentlichen Versammlung findet die Besprechung des gesamten Alltagsrates erst heute abend 7½ Uhr bei Boges, Baumhüttenweg, Baumhüttenweg, statt.

Das Wahlfeld des Wahlvereins in Verbindung mit dem Holzverein, findet nicht am 4. 7., sondern am 11. 7. in der Kantine statt.

Spezial. Heute, Freitag, Abend 8 Uhr, im Stadthaus große öffentliche Protestversammlung gegen Lebensmittel- und Mietwucher sowie weitere Stellung zur Regierung. Erscheint in Massen!

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Friedenau. Verantwortlich f. d. Inseratenteil: Ludwig Kommerer, Karlsruh. Verlagsgesellschaft „Freiheit“, c. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Freiheit-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9

## Deutsche Schokolade

Stk. 4.85 die 100-Gramm-Tafel  
Stk. 2.60 die 50-Gramm-Tafel  
in Zugspandung  
Stk. 5.50 die 100-Gramm-Tafel  
Stk. 2.85 die 50-Gramm-Tafel

## Deutscher Kakao

gemäß nach Vorschrift der Kakaowirtschaftsstelle Hamburg.  
Stk. 10.50 per Pfund, alles ab Lager Berlin. Zahlung: die Hälfte bei Bestellung, den Rest gegen Nachnahme.

## G. Wechselmann, Berlin W. 9

Telefon: Köpenickerstr. 10. Telegr. Adr.: W 111111 Berlin.

## Prozesse, Ets., Baustand, mäß. Preise, Teilzahlung.

Alexanderstr. 45. Einmal-, Strafbau-, Anlagengeschäfte, Landgerichtspräsident Dr. v. Kirchbach, Landgerichtspräsident Dr. v. Kirchbach, Landgerichtspräsident Dr. v. Kirchbach.

## Fraktionssekretär gesucht.

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. sucht zum baldigen Antritt einen Fraktionssekretär. Bewerbungen mit Angabe des Lebenslaufes, der Vorbildung, der Kenntnisse fremder Sprachen, sowie der bisherigen Tätigkeit in der Partei, sind zu richten an Georg Ledebour, Berlin, Reichstag.

## Spiralbohrer

Schulzgeräten, nur neu, kauf 20 Hüller, Preis 38, (Meranoberplatz).

## Arberei

1901, Theodor Neenters, Lichtenberg, Köpenickerstr. 74, Reichstag 744.

## Fabrik Filialen

Wies 101 N. 192, Aufschmidtstraße 48 und Boghenerstraße 75.

## Botenfrauen

verlangt

## Expedition Wendi

Schöneberg, Gothenstraße 40.

## Speditions-Verlegung

Ab 1. Juli befindet sich die Ausgabestelle Treptow in Kieholzstr. 18b (LADEN)

## Kleine Anzeigen

Annahme in allen Expeditionen des Verleges. Das Ueberschreitswort 2—3 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesucht: Ueberschreitswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

## Unterricht

Nichtlages Deutsch sprechen schreiben lehren. Verschiedene andere erfahrenere Spezialisten. Postkarte 497. Westpostamt 12.

## Verkäufe

Einmalig einhäuflicher sofort veräußerlich, Nichtenberg, Schumannstraße 47.

## Fahrräder

Fahrräder zum billigen Verkauf. Schöneberg, Weinmeisterstraße 107.

## Kaufgesuche

Beim jeden hohen Preis bis 20.00 kauft Bucher, Leipziger, Große Hamburger Str. 18-19.

## Möbel

Chaiselongue, 150.— bis 600.—, Kleinschiffen 250.— bis 2000.—, weiße Schiffschimmel, Ullrich, Wagnitz, 11a, Dugh.

## Werkzeuge u. Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelstein, neu, kauft Janner, Augustenstraße 44, p. IV.

## Fahrräder

Spiralbohrer, Schmirgelstein, neu, kauft Janner, Augustenstraße 44, p. IV.

## Kaufgesuche

Beim jeden hohen Preis bis 20.00 kauft Bucher, Leipziger, Große Hamburger Str. 18-19.

## Möbel

Chaiselongue, 150.— bis 600.—, Kleinschiffen 250.— bis 2000.—, weiße Schiffschimmel, Ullrich, Wagnitz, 11a, Dugh.

## Werkzeuge u. Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelstein, neu, kauft Janner, Augustenstraße 44, p. IV.

## Fahrräder

Spiralbohrer, Schmirgelstein, neu, kauft Janner, Augustenstraße 44, p. IV.

## Kaufgesuche

Beim jeden hohen Preis bis 20.00 kauft Bucher, Leipziger, Große Hamburger Str. 18-19.

## Spiralbohrer, Schmirgelstein

neu, kauft Janner, Augustenstraße 44, p. IV.

## Fahrräder

Spiralbohrer, Schmirgelstein, neu, kauft Janner, Augustenstraße 44, p. IV.

## Kaufgesuche

Beim jeden hohen Preis bis 20.00 kauft Bucher, Leipziger, Große Hamburger Str. 18-19.

## Aufstellungen

Spiralbohrer, Schmirgelstein, neu, kauft Janner, Augustenstraße 44, p. IV.

Stk. 4.85 die 100-Gramm-Tafel  
Stk. 2.60 die 50-Gramm-Tafel  
in Zugspandung  
Stk. 5.50 die 100-Gramm-Tafel  
Stk. 2.85 die 50-Gramm-Tafel